

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Traktatdruck: Nachrichten Dresden
Gesamtdruck-Verlag: 20241
Nr. für Nachdruck: Nr. 20011
Schreibweise u. Druck: 20/24
Dresden - U. L. Wartenberg 20/24

Verlagspreis vom 1. bis 15. März 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung inkl. Post 1.70 RM.
Postzusatz für Monat März 2.40 RM. einm. 96 Wk. Vollabgabe ohne Zeitungsgebühren.
Einzelnummer 10 Wk., außerhalb Dresden 15 Wk. Anzeigen: Die Anzeigen werden nach
Ordnung berechnet: die einseitige 30 mm breite Seite 35 Wk., für außerwärts 40 Wk. Familien-
anzeigen und Zeitungsanzeigen ohne Rabatt 15 Wk., außerhalb 20 Wk., die 20 mm breite Werbeanzeige
200 Wk., außerhalb 250 Wk. Offizieller Druck 20 Wk. Wählzettel für die Wahlen vom 1. bis 15. März 1930

Verlag: Sieblich & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1066
Vertrieb: nur mit dem Dresdner
Nachdruck: 20/24
Dresden - U. L. Wartenberg 20/24
© Anstalt: Dresden

Das Kabinett Tardieu gebildet

Die neue Ministerliste

Paris, 2. März. Nachdem die Beratungen zwischen Tardieu und seinen näheren Freunden bis in die späte Nacht gedauert hatten, gab um 1.30 Uhr Ministerpräsident Tardieu der Presse die neue Ministerliste bekannt. Er fügte hinzu, daß er auch den Abgeordneten Franklin Bouillon aufgefordert hätte, ein Ministerium zu übernehmen, doch hätte dieser, obgleich er ihn seiner Unterstützung versicherte, abgelehnt. Die Abordnung für die Londoner Flottenkonferenz, so erklärte Tardieu, werde aus dem Ministerpräsidenten, dem Außenminister, dem Marineminister, dem Kolonialminister und dem französischen Botschafter in London bestehen. Die Vertreter für Genf werden erst im nächsten Ministerrat festgelegt werden, ebenso der Termin für die Einberufung von Kammer und Senat.

Die neue Ministerliste ist folgende:

- Ministerpräsident und Innenminister: Tardieu;
- Außenminister: Briand;
- Kriegsminister: Maginot;
- Marineminister: Dumesnil;
- Finanzminister: Paul Reynaud;
- Gesundheitsministerium: Germain Martin;
- Essentielle Arbeiten: Pernet;
- Arbeitsministerium: Pierre Laval;
- Unterrichtsministerium: Marraud;
- Luftfahrtministerium: Laurent Eynac;
- Handelsministerium: Flaudin;
- Kolonialministerium: Viscari;
- Pensionsministerium: Champetier de Ribes;
- Handelsmarine: Rollin;
- Landwirtschaftsministerium: Bernard David;
- Justizministerium: Raoul Péret;
- Post und Telegraph: Mallarmé.
- Unterstaatssekretäre: Ministerpräsident: Gerard;
- Innenministerium: Manaut; Wirtschaftsministerium: François Poncelet; Kriegsministerium: Ricolfi;
- Handelsmarine: Rio; Finanzministerium: Peltz; Gesundheitsministerium: Varetz; Essentielle Arbeiten: Valcoz; Schöne Künste: Vautier; Technische Ausbildung: Vlasz; Handelsministerium: Oberkirch; Leibesübungen: Marinand; Landwirtschaftsministerium: Serot; Arbeitsministerium: Cathala.

Eine Mehrheit vor der Kammer gesichert

Paris, 2. März. Die in den späten Abendstunden des Sonntag erfolgte Bildung des neuen Kabinetts hat der Pariser Morgenpresse nicht mehr die Möglichkeit gegeben, genügend ausführlich Stellung zu nehmen. Das „Echo de Paris“ hebt als charakteristischsten Punkt der Regierungsbildung die Tatsache hervor, daß trotz der ablehnenden Haltung der Radikalsocialisten zwei Mitglieder der Kammergruppe dem Rufe des Ministerpräsidenten gefolgt sind und so das Staatsinteresse über das Parteinteresse gestellt hätten. Der „Matin“ betont, daß es Tardieu nicht schwer gefallen sei, diejenigen Mitarbeiter zu finden, die es ihm erlauben, ein Kabinett der republikanischen Union zu-

zusammenzustellen, um ihm so fast das gleiche Aussehen zu geben wie der letzten Regierung Poincaré.

Auch der „Quotidien“ bemerkt, daß es nicht möglich gewesen sei, ein weit nach links gehendes Konzentrationkabinett zu bilden. Von Blum wird Briand im „Populaire“ seine Mitwirkung im neuen Kabinett vor und erklärt, daß der Außenminister nicht damit rechnen solle, sich bei den Sozialisten als unentbehrlicher Mann wieder beliebt machen zu können. Daudet läßt wie gewöhnlich in der „Action française“ das arabishe Geschick auf und spricht von einer Rente, an deren erster Stelle nach Tardieu wieder der „verreckte Hund“ Aristide stehe, von dem man sich endlich befreien müsse.

Die „Liberté“ meint, daß die Feindschaft der Linken sich höchstwahrscheinlich aussergewöhnlich heftig auswirken werde. Die bisherige Auseinandersetzung trage deutlich den Stempel einer beginnenden Schlacht. Trotzdem sei an einer klaren Mehrheit für Tardieu nicht zu zweifeln. Auch der „Temps“ glaubt, daß die Regierung von der ersten Fühlungsprobe mit der Kammer nichts zu befürchten habe.

Ein angeblicher Schrift de Margerites

Paris, 2. März. Wie französische Blätter melden, ist der französische Botschafter in Berlin, de Margerie, wegen der Haltung Dr. Schachts in Rom beim deutschen Außenminister vorstellig geworden. Hierzu schreibt der „Excellior“, Dr. Curtius habe auf die Unabhängigkeit des Reichsbankpräsidenten hingewiesen, der französische Botschafter habe jedoch den deutschen Außenminister daran erinnert, daß das Reich freiwillig die Verpflichtung übernommen habe, den Youngplan zu erfüllen, und daß die Rheinlandräumung nach wie vor der Inkraftsetzung des Youngplanes untergeordnet sei.

Es handelt sich wahrscheinlich um die Erklärung Dr. Schachts in Rom, die deutschen Verwaltungsratsmitglieder zur V.N. könnten ernannt werden, wenn der Youngplan vom Reichstag genehmigt worden sei. Im übrigen ist an Berliner ausländischer Stelle von einem Schritt des französischen Botschafters bei Dr. Curtius in dieser Angelegenheit nichts bekannt.

Die Regierungskrise um das Notopfer

Die Volkspartei weiter ablehnend - Demokratischer Kompromissvorschlag

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. März. Seit am Sonnabendmittag das Gerücht, der Reichspräsident von Hindenburg habe sich für das Notopfer ausgesprochen, beständig wurde, hat sich die parlamentarische Entwicklung nahezu überschlagen. Gleich darauf wurde bekannt, daß der Fraktionsvorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei telegraphisch für Sonntag nach Berlin einberufen habe. Die Demokraten hatten inzwischen daselbst getan. Beide Parteien haben heute getagt. Die Deutsche Volkspartei hat sich in einem neuerlichen Beschlusse dahin festgelegt, daß der Plan des Notopfers abzulehnen sei. Die Ablehnung ist

einstimmig erfolgt. Ebenso hat der Reichsausschuh der Deutschen Volkspartei entschieden.

Die Demokraten

haben beschlossen, einen Kompromissvorschlag zu machen, der dahin geht, daß das Notopfer wohl in der gedachten Form erhoben werden soll, daß es aber im darauffolgenden Jahre zurückzuerhalten sei. Man denkt sich das bei den Demokraten so, daß nach Ablauf des Jahres denjenigen Beamten und Feldbedienten, die von der Notopfersteuer betroffen worden sind, ein Reichsanleihschein in der Höhe des von ihnen bezahlten Betrages ausgetauscht werden soll. Diese Reichsanleihscheine sollen dann vom Reich als Steuerbeiträge in Zahlung genommen werden.

Nach diesen Beschlüssen ist die parlamentarische Krise kurz vor ihrem Höhepunkte angelangt.

Morgen vormittag 10 Uhr tritt das Reichskabinett zusammen. An den Beratungen wird nur Dr. Moldenhauer teilnehmen können, da Reichsfinanzminister Dr. Curtius erkrankt ist und wohl noch bis Mitte der Woche das Bett hüten muß. Wenn Dr. Moldenhauer morgen in der Kabinettsitzung nun erklärt, daß die Volkspartei den Gedanken des Notopfers in jeder Form ablehnt, dann muß nach menschlichem Ermessen die offene Krise da sein.

Es frant sich nun, welche Möglichkeiten sich für die Lösung der nunmehr eingetretenen Krise ergeben. Die Demokraten sind inzwischen verzweifelt bemüht, eine Kompromisslösung ausfindig zu machen, und man wird vielleicht auch morgen wieder die Kabinettsitzung vertragen, um es nicht zum Schlimmsten kommen zu lassen. Dabei spielt vor allen Dingen auch der Gedanke eine Rolle, daß die parlamentarische Verabschiedung der Tributplangeseze und Liquidationsabkommen doch nunmehr vorgenommen werden muß.

Daß Zentrum und Sozialdemokraten den Plan des Notopfers angesichts des volksparteilichen Widerstandes noch aufgeben könnten, ist mehr als unwahrscheinlich.

Galten beide Parteien an dem Plane fest, dann muß morgen der Austritt von Dr. Curtius und Dr. Moldenhauer aus der Regierung vor sich gehen.

Für diesen Fall könnte unter Umständen mit einer Weimarer Koalition gerechnet werden, die mit Hilfe der Partrischen Volkspartei eine knappe Mehrheit im Reichstage haben wird.

Einmal man sich im Kabinett nicht und verstärken sich die Bedenken der Demokraten noch weiter, dann ist eine Mehrheit überhaupt nicht zu bekommen, und dann müßten Reueahlen erfolgen. Es wird sich erweisen müssen, ob der oben angedeutete Kompromissantrag der Demokraten weit genug geht, um diese Aussicht zu verhindern. Man sieht also, daß die gesamte parlamentarische Situation unserer Regierung zu einer Klärung drängt.

Ueber den Vorschlag des Notopfers ist bereits in den letzten Tagen und Wochen so viel geschrieben worden, daß sich

Der Leipziger Waffensraub aufgeklärt

Ein Teil der gestohlenen Waffen bei Kommunisten gefunden

Leipzig, 1. März. Ein Teil der im Reichswehrdepot gestohlenen Waffen ist von der Polizei im Westen Leipzigs auf einem Grundstück, in dem die kommunistische Partei eine Bücherei mit Sitzungssaal unterhält, aufgefunden worden, und zwar 16 leichte Maschinengewehre und 125 Gewehre. Ferner wurden in Aiten bei Engelsdorf ebenfalls durch Beamte des Polizeipräsidiums Leipzig 6 leichte Maschinengewehre und 40 Infanteriegewehre in zwei Kisten verpackt aufgefunden.

Weiter wird mitgeteilt, daß die erste Angabe durch einen Kraftwagenführer erfolgte, der im Auftrage mehrerer Personen Polizeikisten transportiert hatte. Von anderer Seite wurde mitgeteilt, daß im Osten Leipzigs eine Kiste aufgefunden worden sei, die frisch geteert sei, als ob sie zum Vergraben präpariert wäre.

Wald stieß man auf die Verstecke

In denen der größte Teil der gestohlenen Waffen gefunden wurde. In einem Grundstück der Breslauer Straße und der Clara-Biedt-Straße wurden zwei Kisten, in einem anderen Grundstück Süde und Aiten entdeckt. Am Sonnabend wurden zahlreiche Personen verhaftet und immer neue Festnahmen vorgenommen. Das Reichswehrministerium hat eine Belohnung von 15 000 Mark ausgesetzt.

Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit hat das Reichswehrministerium beim Oberreichsanwalt in Leipzig

Anzeige gegen die kommunistische „Sächsische Arbeiterzeitung“ wegen Landesverrats erhalten.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ hatte im Zusammenhang mit den bekannten Waffendiebstählen in Leipzig davon gesprochen,

daß es sich nicht um reguläre, sondern um schwarze Waffen handele, die abhandeln gekommen seien. Tatsächlich sind reguläre Waffenbestände weggenommen worden. Schwarze Bestände sind nicht vorhanden. Der Landesverrat nach darin erblickt werden, daß die „Sächsische Arbeiterzeitung“ Dinge behauptet hat, die für das Reich eine außenpolitische Gefahr in sich bergen.

An dieser Klärung ist das eine erfreulich, daß es der Leipziger Polizei verhältnismäßig schnell gelungen ist, dem irren Waffensraub im Reichswehrdepot auf die Spur zu kommen. Weniger erfreulich ist die Bestätigung der Vermutung, die sich von Anfang an aufgedrängt hatte, daß die Räuber in der kommunistischen Partei zu suchen sind und daß sich also auch die noch fehlenden Maschinengewehre in Händen der Kommunisten befinden. Was will die KPD mit den Kriegswerkzeugen? Natürlich den Bürgerkrieg vorbereiten. Der „Vorwärts“ schreibt: Früher pflegte man zu sagen: „Ich lauf mir 'ne Kanone und mach' mich selbständig.“ Nach diesem Mord denkt die KPD: „Ich flane drei Hundert Maschinengewehre und mache damit Revolution.“

Sicher ist das „Wahnsinn in der höchsten Potenz“. Aber diese treffende Charakterisierung durch das sozialdemokratische Organ erntet die Behörden nicht von der Pflicht, auf Grund dieser Entdeckung energisch durchzugreifen. Die Reichswehr wird wohl von selbst Maßnahmen treffen, um die Wiederholung solch gefährlicher Streiche unmöglich zu machen und ihre Waffenbestände besser zu sichern. Darüber hinaus ist es aber jetzt Pflicht des Staates, auch selber-seits dafür zu sorgen, daß die KPD nicht Bürgerkrieg spielen kann, wenn sie Lust dazu verspürt oder von Moskau den Putschbefehl bekommt.